Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 178

Freitag, 15. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25341
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ausschlag u. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1054 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Englands Kampf gegen die Krise

Wirtschaftsaufschwung wie seit 1921 nicht mehr!

London, 15. April. Gelegentlich der Ausschußberatungen über den Haushalt des Handelsministeriums bemerkte der Handelsminister Runciman, daß infolge der Dumpingabwehrzölle die Einfuhr nach England um rund 8 Millionen Pfund und mittelbar um rund 16 bis 17 Millionen Pfund herabgedrückt worden sei.

Dies habe den heimischen Industrien einen neuen Anstoß gegeben, wie man ihn seit 1921 nicht mehr erlebt habe.

Von zahlreichen ausländischen Firmen liefen dauernd Anträge auf Errichtung von Fabriken in England ein, wodurch natürlich der Arbeitsmarkt günstig beeinflußt werde. — Uebergehend auf das Kontingentsystem sagte Runciman, daß

die deutsche Regierung

in dieser Hinsicht ihren Druck weiter ausübe; sie habe jetzt das Einfuhrkontingent für englische Kohle weiter herabgesetzt. Die englische Regierung habe sich gezwungen gesehen, mit der deutschen in Verbindung zu treten und sehr scharf ihre Ansichten über die voraussichtlichen Auswirkungen auf den englisch-deutschen Handel ausgedrückt. Er sei noch nicht in der Lage, Bericht über einen Fortschritt zu erstatten, der bisher gemacht worden sei, und er könne nur sagen, daß der Meinungsaustausch zwischen beiden Ländern sich

selbstverständlich auf einer sehr freundschaftlichen Grundlage

vollziehe. — Runciman sprach dann anschließend seine Besorgnisse darüber aus, daß in der Stahl- und Eisen-, in der Maschinen- und Schiffsbauindustrie noch keine Anzeichen eines Wiederaufschwunges zu erblicken seien und meinte, daß dies auch nur wieder zu erwarten wäre, wenn die Lage des Welthandels sich bessere. Die englische Regierung gehe nach Ottawa mit der Absicht, den Handel innerhalb des englischen Weltreiches zu fördern, aber sie werde sich nicht ausschließlich von ihren Sympathien für das Weltreich etwa in dem Sinne leiten lassen, daß England von der übrigen Welt abgeschlossen werden solle.

*

Wie die englische Handelskammer mitteilt, sind in nächster Zukunft Russenaufträge für englische Firmen im Gesamtbetrag von etwa vier Millionen Pfund zu erwarten. Zur Zeit befinden sich Vertreter von drei russischen Einfuhrverbänden in England, um über Aufträge für die Eisenbahnausrüstung zu verhandeln.

Begrüßung Mellons in London

London, 15. April. Eine große Gästeschar nahm am Donnerstagabend an einem Festessen der Pilgrims-Gesellschaft zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Mellon teil. Sir John Simon brachte den Trinkspruch auf Mellon aus und betonte,

niemals sei ein amerikanischer Botschafter in England herzlicher willkommen geheißen worden.

Der neue amerikanische Botschafter sei in einem Augenblick nach England gekommen, der voll hoher Hoffnungen für die künftigen Beziehungen zwischen England und Amerika sei. England sei fest entschlossen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu pflegen und zum Wohl der ganzen Welt auszunutzen. In seiner Dankesrede sagte Mellon, daß ein Teil aller Schwierigkeiten entstanden sei, weil man die industrielle und wirtschaftliche Krise als eine vereinzelt auftretende Krankheit ansehe, die die Folge besonderer Verhältnisse in einem besonderen Land oder einem Teil der Welt sei, und weil man glaube, daß sie durch die Anwendung von magischen Formeln geheilt werden könne. In den wenigen Tagen seines Aufenthaltes in England habe er einen starken Eindruck von der Art erhalten, wie England die Schwierigkeiten überwunden habe. Er habe das Gefühl, daß es die Lage jetzt in der Hand habe. Auch in Amerika sehe man den Schwierigkeiten ganz offen ins Gesicht.

England und Amerika stellten zusammen die Zentrifugalkraft in einer Welt dar, die auseinanderzufliegen drohe.

Beide Länder dürften nichts versäumen, um diese Kraft zu stärken, nicht nur darin, daß man die englisch-amerikanische Freundschaft als einen lebenswichtigen Faktor stärke, sondern indem man auch mit allen Nationen zusammenarbeite, um wieder den Frieden und das wirtschaftliche Wohlbefinden der ganzen Welt herzustellen und zu erhalten.

Frankreich und der Kreugerskandal

Stockholm, 15. April. Unter den vielen Gerüchten, die in Verbindung mit der Kreugerkatastrophe zirkulieren, verlautet, daß die Bank von Frankreich große Verluste infolge der Kreugerkatastrophe erlitten habe. Kreuger gab 1928 der französischen Regierung ein fünfprozentiges Darlehen in Höhe von 75 Millionen Dollar, das jedoch bereits ein Jahr vor Verfall zurückgezahlt wurde. Mit diesem kleinen Darlehen wurde bekanntlich die französische Währung stabilisiert. Es ist bekannt, daß die Verluste der französischen Börse durch die Entwertung der Kreugerpapiere außerordentlich groß und besonders fühlbar sind, weil auch viele kleine Sparer Kreugerpapiere besaßen. Das Interesse Frankreichs für die Abwicklung im Kreugerkonzern ist sehr groß. Mehrere leitende Finanz- und Industrieführer befinden sich in Stockholm.

Für mehrere Millionen Effekten verschoben

Düsseldorf, 15. April. Die Devisenbewirtschaftungsstelle Düsseldorf ist erheblichen Effektenschiebungen auf die Spur gekommen. Hochwertige deutsche Wertpapiere im Betrage von mehreren Millionen Reichsmark sind in letzter Zeit aus dem Auslande nach Deutschland gebracht und an kleine Bankfirmen des Rheinlandes von Strohmännern veräußert worden, so daß der Erlös, dessen Höhe noch nicht feststeht, auf unberechtigte Weise ins Ausland gelangt ist. Ein sogenannter Bankenvertreter und einer seiner Strohmänner wurden verhaftet.

Die Solidarität der Rechtsopposition

Enttäuschung links und in der Mitte

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. April. Nach wie vor beherrscht die Aktion gegen den Nationalsozialismus Presse und politische Oeffentlichkeit. Die einheitliche Stellungnahme gegen die letzte Notverordnung, die bis weit in die gemäßigte Rechte hinein zum Ausdruck gekommen ist, hat begreiflicherweise mit Recht in der politischen Mitte, insbesondere im Zentrum, eine große Beunruhigung hervorgerufen.

Die Reichsregierung hat nicht erwartet, daß die Solidarität der deutschen Rechten so weit gehen würde,

daß sie alle parteipolitischen Unterschiede und ernsthaften Differenzen in ihren Meinungsäußerungen in dem Augenblick zurückstellen würde, wo die Regierung einen Schlag unternahm, der in seinen Auswirkungen sich jedem unbefangenen Beobachter als ein Schlag der Linken gegen die Rechte darstellen muß. Enttäuscht und etwas kleinlaut klagt z. B. die „Germania", das Zentralorgan des Zentrums, darüber, daß, wenn man das Echo verfolge, das die Auflösung der SA. in der Presse der Rechten, auch der gemäßigten Rechten gefunden habe, der Eindruck entstehe, als ob das deutsche Volk mit dem Verschwinden dieser „Truppe" den größten Verlust erlitten hätte, von dem es überhaupt noch hätte betroffen werden können.

Die Offensive der nicht nationalsozialistischen Rechten konzentriert sich, wie heute deutlicher als anfangs zum Ausdruck kommt, auf die Forderung, daß zum mindesten eine innerpolitische Parität durch ein

Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front

hergestellt werden muß. Das Zentralorgan der DNVP., der „Tag", richtet heute an den Reichspräsidenten die Bitte, nachzuprüfen, ob das einseitige SA.-Verbot ein Akt ausgleichender innerpolitischer Gerechtigkeit sei, und appelliert an Hindenburg, das Material, das von der Rechtspresse, in großem Umfange besonders von der „Berliner Börsenzeitung", gegen Reichsbanner und Eiserne Front heute veröffentlicht wird, nachzuprüfen und in der Richtung einer Verbotsaktion auch gegen links Einfluß zu nehmen.

Die Polemik gegen das SA.-Verbot hat auch die bayrische Regierung veranlaßt, eine Erklärung herauszugeben, in der sie mitteilt, sie sei in der fraglichen Länderkonferenz vor dem SA.-Verbot überhaupt nicht gefragt worden. Die Bayrische Volkspartei braucht diese Erklärung offenbar, um im Wahlkampf einigermaßen zu bestehen. Es ist richtig, daß in der Länderkonferenz am Mittwochnachmittag den Vertretern der Länderregierungen lediglich die Tatsache mitgeteilt worden ist, daß sich Reichspräsident und Reichsregierung zu einem SA.-Verbot entschlossen hätten. Diese Konferenz hat aber nur formalen Charakter gehabt. Die Entscheidungen sind sehr viel früher gefallen, und der bayrische Innenminister Stützel hat dabei eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die bayrische Regierung führt die Oeffentlichkeit irre, wenn sie jetzt den Eindruck zu erwecken versucht, als ob es nicht in ihrer Hand gelegen habe, das SA.-Verbot zu verhindern.

Diejenigen deutschen Länder, die auf die Durchführung der Kannvorschriften der SA.-Notverordnung verzichteten, sind gestern durch den Reichsinnenminister persönlich dazu angehalten worden, noch ein übriges zu tun. Das sind bisher Braunschweig und Bremen. Auf Mecklenburg ist ein Druck Groeners noch nicht ausgeübt worden, aber man wird annehmen können, daß dies alsbald geschieht.

Frank II an Minister Groener

München, 15. April. Reichsminister Groener hatte am 11. April mit dem Schreiben an den Rechtsanwalt Dr. Frank II eine ihm übergebene Mappe mit den Legalitätserklärungen von Führern der NSDAP. zurückgegeben. Er hatte erklärt, diese Erklärungen allein genügten nicht, wenn die Partei sich nicht von Dingen befreie, die illegal seien. Es sei auf die Dauer ein mit der Staatsautorität nicht zu vereinbarender Zustand, daß die Partei eine militärisch organisierte Sonderarmee unterhalte. — Dr. Frank II veröffentlicht nun einen offenen Brief an Groener als Antwort, worin er beanstandet, daß das Vorgehen nicht auf die Untersuchung erstreckt werde, ob nicht andere militärisch organisierte Sonderarmeen, besonders die Eiserne Front usw., im Interesse der Staatsautorität bedenklich erscheinen müßten. Es sei nichts davon bekannt, daß die bewaffneten Alarmvorbereitungen der Eisernen Front mit derselben Schärfe betrachtet worden seien, wie die Selbstschutzsicherungen der SA. Die Reichsleitung der

Eine Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten

Dresden, 15. April. Aus der Staatskanzlei wird uns geschrieben: Ministerpräsident Schieck hat am 26. Januar im Landtag gesagt, die Regierung werde von dem Volksentscheid über die Landtagsauflösung alles das ausschließen, was als Behinderung der politischen Meinungsfreiheit empfunden werden könnte. Sie werde aber dazu beitragen, daß Wahrheit und Klarheit die Oberherrschaft behalten. Alle diejenigen, denen hieran gelegen ist, bittet er, von der nachfolgenden Erklärung der Regierung Kenntnis zu nehmen:

Auf den 17. April hat die Regierung den Volksentscheid deshalb gelegt, weil sie ihn nicht verzögern wollte und dieser Tag der frühestmögliche war; er war bereits Ende Februar hierfür in Aussicht genommen. Gegenüber den Angriffen auf die Regierung ist festzustellen, daß ihre Mitglieder die Geschäfte gegenüber jedermann gerecht und unparteiisch geführt, daß sie stets für Sauberkeit in der Verwaltung gesorgt und sie ihr ganzes Können, zu dem sie eine jahrzehntelange Beamtenlaufbahn geschult hat, für das Wohl des Landes eingesetzt haben. Daß für die Regierung eines Landes, sie sei zusammengesetzt wie sie wolle, die Möglichkeiten, zu helfen und den Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten, leider begrenzt sind, kann nur der bestreiten, der die Größe der Schwierigkeiten nicht kennt. Gelungen ist es der Regierung, zugunsten der sächsischen Wirtschaft den Anteil Sachsens an den Reichsaufträgen erheblich zu steigern. Das Beste, was eine Landesregierung für die Wirtschaft ihres Landes heute tun kann, bleibt doch schließlich, daß sie selbst so sparsam wie möglich wirtschaftet. Freilich gibt es keine Sparmaßnahme ohne Opfer. Wären z. B. nicht den Beamten und Ruheständlern Opfer rechtzeitig auferlegt worden, so hätten ihnen ihre Bezüge sehr bald auch nicht in dem gekürzten Maße ausgezahlt werden können. Es wäre auch nicht möglich gewesen, den Wohlfahrtserwerbslosen über **diesen schweren aller Winter hinwegzuhelfen und damit** zugleich Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die Regierung hätte gewünscht, die Hilfe, die ihr hierbei das Reich geleistet hat, wäre größer gewesen. Immerhin ist es ihr in zähen und sehr entschiedenen Verhandlungen gelungen, allein für die Wohlfahrtserwerbslosen vom Reich während der letzten sechs Monate 42 000 000 Reichsmark zu erhalten. Gegen die zentralistischen Regierungsmethoden des Reiches hat sich die sächsische Regierung stets mit größter Entschiedenheit gewandt, entschiedener vielleicht als irgendeine andere deutsche Landesregierung. Der Durchführung von Reichsmaßnahmen, deren Verfassungsmäßigkeit außer Zweifel steht, kann sich kein Land entziehen. Das gilt auch jetzt wieder für das reichsrechtliche Verbot der SA., das den Landesregierungen als feststehende Tatsache mitgeteilt worden ist. Daß die Kirche wegen ihrer Ansprüche gegen den Staat den Klageweg beschritten hat, hat nicht an der Regierung gelegen, sondern daran, daß der Vertrag mit der Kirche bisher nicht die Genehmigung des Landtags fand. Die Regierung glaubt aber auch das ihre getan zu haben, dem christlichen Glauben für seine Lebensäußerungen Raum zu schaffen. Die Beamten, die sie ernannt oder befördert hat, sind ausschließlich nach ihrer sachlichen Eignung und Tüchtigkeit ausgewählt worden. Die Regierung muß es aber ablehnen, wider Recht und Gesetz Beamte allein um deswillen von ihrem Posten zu entfernen, weil sie auf ihn unter anderen politischen Verhältnissen berufen worden sind. Mit aller Entschiedenheit weist die Regierung den Versuch zurück, ihren nationalen Charakter anzutasten. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit haben sich der Ministerpräsident und die übrigen Mitglieder der Regierung dagegen gewandt, daß wir Tribute zahlen, deren Unerfüllbarkeit und weltwirtschaftlicher Widersinn längst erwiesen sind. Sie werden auch in Zukunft im Kampfe um Deutschlands Gleichberechtigung und Freiheit ihre vaterländische Pflicht erfüllen.